

## **EP-G-01 B – WAS GERECHTIGKEIT SCHÜTZT**

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

### **Antragstext**

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende  
2 Wetterextreme haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen  
3 gestellt. Familien und Rentner\*innen mussten wegen der gestiegenen  
4 Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Für viele  
5 Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und  
6 bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene  
7 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

8 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich  
9 ist, wenn wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

10 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und  
11 Zusammenhalt. Europa bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den  
12 Lebensstandard von Millionen von Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit  
13 gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in Europa müssen sich gerade in  
14 Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können, der wirksam vor  
15 Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

16 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
17 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU  
18 kann zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten  
19 Wohlstand überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen  
20 muss, die ihn erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die  
21 Infrastruktur für klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung,  
22 erhalten und schaffen gute Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und  
23 soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand und bedingen einander.

24 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den  
25 Schutz jeder und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es  
26 schützt die Rechte der Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert  
27 Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger\*innen auf wirksame Medikamente  
28 und den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass  
29 Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass

30 Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale  
32 Union, die sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von  
33 einem Leben in Würde und Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von  
34 gleichen Chancen und einem Auskommen ohne Armut, Ausgrenzung oder  
35 Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein Gerechtigkeitsversprechen an die  
36 Breite der Gesellschaft.

37 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst  
38 wird. Dafür wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen  
39 die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und  
40 sicherer überall in der Union leben und arbeiten können. So wird soziale  
41 Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

42 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne  
43 und starke Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren  
44 letztlich alle in der EU, egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So  
45 ergänzt die soziale Infrastruktur die wirtschaftliche; so erfüllen wir den  
46 europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für alle; so schaffen wir  
47 Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare Mindeststandards  
48 beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

49 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt  
50 und vor Ort einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische  
51 Souveränität sprechen, dann geht es uns auch um die Ausgestaltung und die  
52 Verteidigung des europäischen Sozialmodells, das sich in einer globalisierten  
53 Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle Sicherheit, gute Arbeit und  
54 hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die Herausforderung der  
55 Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische Wandel die  
56 Arbeitswelt verändern.

57 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales  
58 Europa angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten  
59 sozialen Politik. Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben.  
60 Wir wollen rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards  
61 daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat institutionell in erster Linie in den  
62 Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen  
63 haltmachen.

64 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,  
65 das solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das  
66 gerechte Europa ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im  
67 Großraum Mailand, in der Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte  
68 Europa bietet Zugang zu fair bezahlter Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen,

69 zu guter Bildung und intakter Natur.

70 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es  
71 bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale  
72 Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt  
73 zwischen den Generationen, Familien und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist  
74 es im Gründungsvertrag der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir.  
75 Dieses Europa wollen wir sein.

## 76 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

### 77 **Faire Löhne erreichen**

78 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen  
79 Mitsprache gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und  
80 Rückhalt. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv  
81 mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das stärkt auch  
82 die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre  
83 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und  
84 eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute  
85 Arbeit.

86 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie  
87 schützt Wert und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen  
88 Beschäftigte in Europa künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die  
89 Bundesregierung auch auf unsere Initiative mit der deutlichen Erhöhung des  
90 gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die Richtlinie verpflichtet die  
91 Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren Kriterien festzulegen  
92 und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass die  
93 Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der  
94 gesetzliche Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven  
95 Mindestschutz für Beschäftigte bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie  
96 die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer  
97 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan  
98 vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in  
99 der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von  
100 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die  
101 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein  
102 wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit  
103 Arbeit sich immer lohnt.

104 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend  
105 ausbauen, indem wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren  
106 fordern wir an der Seite der Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die

107 bestehende Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten überarbeitet und  
108 Ausnahmeregeln beendet. Dabei wollen wir die Rechtssicherheit, den Rechtszugang  
109 und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische Betriebsräte verbessern. Um  
110 Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-Unternehmen in die Richtlinie  
111 einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung von Frauen  
112 sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten  
113 ein. Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine  
114 neue Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von  
115 Arbeitnehmer\*innen ein, die auf die verschiedenen europäischen  
116 Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in  
118 einer sich rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele  
119 Beschäftigte mit ständiger Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress  
120 einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der Arbeitnehmer\*innen vor psychischen  
121 und körperlichen Belastungen voranbringen.

#### 122 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

123 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen  
124 entstehen neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne,  
125 Arbeiten wird flexibler, beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung  
126 darf auch in der digitalen Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen  
127 wir uns für starke Rechte von Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein.

128 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale  
129 Dienste anbieten und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-  
130 Kommission schätzt, dass 4 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der  
131 laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen auf digitalen  
132 Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu  
133 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen,  
134 europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht zudem bessere Möglichkeiten,  
135 die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem Arbeitsinspektionen  
136 stärken.

137 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
138 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch  
139 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische  
140 Management. Die ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher  
141 Planungssicherheit im Alltag und der übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem  
142 Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um die Rechte der  
143 Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für  
144 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

#### 145 **Freizügigkeit einfacher machen**

146 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein  
147 Grundprinzip der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für  
148 alle in der EU. Damit das für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen  
149 wir uns für eine bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme  
150 ein.

151 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU  
152 Sozialversicherungsansprüche, die sie in einem anderen EU-Land erworben haben,  
153 über die Grenzen mitnehmen können (Portabilität). Doch die Realität löst dieses  
154 Versprechen noch nicht immer ein: Die Unterschiede der nationalen  
155 Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die Handhabung kompliziert,  
156 und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen deshalb mehr  
157 Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale  
158 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können  
159 und die bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen.

160 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner\*innen oder Menschen mit  
161 chronischen Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt  
162 werden. Ein Europäischer Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag  
163 dazu. Er soll die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern  
164 und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren. Wir wollen darüber hinaus die  
165 sogenannte AI-Bescheinigung durch ein digitales Echtzeitregister ersetzen, um  
166 grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen wirksamen  
167 Sozialschutz zu gewährleisten.

168 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele  
169 Beschäftigte zum Alltag und wird spätestens seitdem von mehr und mehr  
170 Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Wir wollen, dass auch das mobile Arbeiten nicht an  
171 den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell auch aus einem anderen  
172 Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein,  
173 dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im  
174 Homeoffice zu arbeiten.

### 175 **Ausbeutung bekämpfen**

176 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus  
177 ein wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin  
178 aus Österreich in Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in  
179 Rumänien: Unionsbürger\*innen und Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden  
180 Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung, wenn sie in einem anderen EU-Land  
181 arbeiten.

182 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-  
183 Fernfahrer\*innen, bei Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor  
184 Augen. Wir sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel

185 sind regelmäßig stattfindende Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten  
186 das Personal aufstocken sowie Schulungen in europäischer Gesetzgebung und  
187 grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern sollten. Auch eine bessere  
188 Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen  
189 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für  
190 gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

191 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von  
192 Subunternehmen zu unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung  
193 rechtlich verankern. Immer wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen  
194 Bedingungen untergebracht, in überfüllten Zimmern, unter schlechten hygienischen  
195 Bedingungen und mit überverteuerter Miete, die direkt vom Lohn einbehalten wird.  
196 Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir deshalb rechtlich  
197 absichern und wirksam durchsetzen.

198 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich  
199 Betroffene einfach und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren  
200 können – und für deren Durchsetzung Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine  
201 langfristige und verlässliche Finanzierung für die Schaffung und europaweite  
202 Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Die  
203 Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der  
204 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische  
205 Zahlungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von  
206 Arbeitsnormen in der Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte  
207 soziale Konditionalität muss nun effektiv umgesetzt werden.

## 208 **Kinderarmut abbauen**

209 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das  
210 entspricht fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung  
211 und Kultur nur sehr eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet  
212 einerseits existenziellen Mangel im Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen  
213 auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben in der Zukunft. Wir wollen,  
214 dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu brauchen sie eine bessere  
215 finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung und  
216 sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf  
217 unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen  
218 Kinderarmut auf den Weg gebracht. Armutgefährdeten Kindern wird es besser  
219 gehen, Armut nicht mehr versteckt sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben  
220 können, weil sie und ihre Kinder abgesichert sind.

221 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der  
222 Europäischen Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites  
223 Instrument, um Kinder aus benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das  
224 reicht vom kostenlosen Zugang zu Bildung über gesunde Ernährung bis hin zu

225 angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland  
226 binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

### 227 **Soziale Mindeststandards verankern**

228 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.  
229 Hohe Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil  
230 existenziell verschärft. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf  
231 starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen. Dafür  
232 brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards.

233 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene  
234 Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und  
235 die darin festgelegten Standards mit einem sozialen Rechtsanspruch für  
236 Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem Zuge sollen alle  
237 Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen  
238 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit  
239 fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für  
240 Deutschland Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale  
241 Gerechtigkeit.

### 242 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

243 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge  
244 gegen wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine  
245 zentrale Lehre aus den Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der  
246 Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden und in Notlagen schnellen und  
247 wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte  
248 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber  
249 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze  
250 EU. Mit dem europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten  
251 während der Coronapandemie finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um  
252 Arbeitsplätze durch den Einsatz von Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer  
253 Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr 2020 in Europa schätzungsweise  
254 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser Erfahrung wollen wir  
255 mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein dauerhaftes  
256 Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und  
257 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen  
258 Ausnahmesituationen durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und  
259 Arbeitsplätze sichert.

### 260 **Wohnen bezahlbar machen**

261 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der  
262

263 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,  
264 ist für alle Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts  
265 steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten  
266 Mieter\*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und  
267 Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten  
268 begrenzen. Investor\*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische  
269 Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die  
270 Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den Prüfstand stellen,  
271 um Mieter\*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu  
schützen.

272 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den  
273 extremsten Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt,  
274 Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur  
275 Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen. Der Dialog zwischen den  
276 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie voneinander lernen können  
277 und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner wollen wir die  
278 Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen  
279 Fördermittel für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen  
280 ausgestalten.

## 281 **2. Starke Regionen**

### 282 **Kommunen stärken**

283 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen  
284 und Kommunen. Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die  
285 Menschen. Starke Kommunen florieren in einem starken Europa, das kommunalen  
286 Bedürfnissen und der kommunalen Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung  
287 beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu  
288 treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das schützt und ermöglicht. Dieses  
289 Prinzip wollen wir stärken.

290 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken  
291 soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das  
292 Alltagsleben der Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden  
293 Kinder betreut und das Ehrenamt gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres  
294 gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer funktionierenden Grundversorgung  
295 auch attraktive Standorte für Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen aus ganz  
296 Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass  
297 Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es braucht  
298 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische  
299 Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es  
300 fördert die Rechtssicherheit und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ  
301 hochwertige Angebote zu entscheiden. So können Kommunen selbst die Wertschöpfung



302 aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir in der EU die  
303 Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue  
304 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen  
305 Gestaltungsspielräume verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und  
306 sozialen Zusammenhalt.

307 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine  
308 existenzielle Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den  
309 Erfolg der Bürgerinitiative Right2Water die weltweit höchsten Standards für  
310 Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser soll weiterhin in kommunaler Hand  
311 bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden.  
312 Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der  
313 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

314 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die  
315 Zivilgesellschaft brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer  
316 Politik. Deshalb wollen wir den Europäischen Ausschuss der Regionen und den  
317 Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende  
318 europäische Zusammenarbeit wie die Städtepartnerschaften oder Initiativen zur  
319 Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-  
320 Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie wollen wir ausweiten. Die  
321 Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll  
322 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit  
323 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen,  
324 der Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung  
325 maßgeblich und nah am Alltag der Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen  
326 Union bei.

### 327 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

328 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:  
329 in den europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente  
330 Förderpolitik in der EU ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen  
331 und ökologischen Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und  
332 soziale Annäherung der Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der  
333 Fonds und Förderprogramme soll sich in seiner Größe an den Herausforderungen  
334 orientieren.

335 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese  
336 Herausforderungen vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den  
337 europäischen Mitgliedstaaten. Eine konsistente und an klaren Kriterien  
338 ausgerichtete Förderpolitik wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu  
339 Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und ländliche Regionen, sowie  
340 Regionen mit industrieller Prägung und Modernisierungsherausforderungen, wollen  
341 wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen, um gleichwertige

342 Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

343 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große  
344 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen  
345 Menschen und Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der  
346 Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU- Förderpolitik entgegenwirken. So stärken  
347 wir die Gestalter\*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für  
348 die Regionen.

349 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig  
350 Effizienz und Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher,  
351 indem wir die Fördermittel an Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal  
352 ausrichten. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) spielt dabei eine bedeutende  
353 Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche Gründer\*innen und Angestellte  
354 beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet. Wir statten den ESF+ mit  
355 ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik  
356 und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die  
357 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für  
358 eine gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten  
359 Arbeits- und Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und  
360 Weiterbildungen wahrzunehmen, werden attraktive Arbeitsplätze für die  
361 geförderten Regionen zum Standortvorteil.

362 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu  
363 entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das  
364 reduziert die Zahl der Anträge und manche gute Projekte werden nicht  
365 verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu  
366 Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu erleichtern. Dabei stellen  
367 wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige  
368 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um  
369 bürokratische Hürden abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren  
370 Fördersummen mehr Pauschalen einführen und ehrenamtliche Antragsteller\*innen  
371 nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien. Bürokratieabbau  
372 schafft so mehr Effizienz.

373 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der  
374 Zivilgesellschaft vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale  
375 Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Dieses Wissen kann durch die  
376 Partnerschaft für Bürgerbeteiligung (Partnerschaftsprinzip) einfließen.  
377 Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen oder Foren sollen Teil der  
378 Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So sichern wir  
379 Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

380 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

381 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet  
382 erheblich über den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die  
383 ländlichen Räume näher zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung  
384 und finanziell gestärkte Kommunen schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen  
385 Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle Menschen sollen mitentscheiden und  
386 davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche Daseinsvorsorge  
387 und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die  
388 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale  
389 Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie  
390 LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

391 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche  
392 Wertschöpfung auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und  
393 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-  
394 Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über  
395 versiegelten Flächen. Den Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung von  
396 Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten Einsatz von  
397 Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir  
398 setzen uns dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für  
399 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu  
400 integrieren und es auszubauen.

#### 401 **Vergaberecht modernisieren**

402 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung  
403 des Green Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in  
404 eine sichere Zukunft, auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an  
405 sozialen und nachhaltigen Kriterien ausgerichteten Vergaberecht werden diese  
406 Investitionen einmal mehr zum Motor für eine gerechte und zukunfts feste EU.  
407 Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische Infrastruktur, in effiziente  
408 Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen ausgerichtetes  
409 Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische  
410 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen  
411 Arbeitsmarkt: Es entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs  
412 sollen auch gute Jobs werden. Ein starkes Vergaberecht sichert die Zukunft  
413 vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa.

414 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel  
415 wollen wir nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche  
416 Beschaffungen sollten in der EU konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir  
417 die Richtlinie für öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf  
418 Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

419 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und  
420 unkomplizierte Verfahren unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach

421 und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge bewerben können.  
422 Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die  
423 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und  
424 lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen  
425 Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher  
426 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

### 427 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

#### 428 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

429 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

430 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen  
431 für unsere Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt,  
432 dass wir ihnen gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und  
433 Verfügbarkeit der Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer  
434 Erfolg, der durch langjährige Forschung, innovative Unternehmen und  
435 grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen ist. Die EU hat in der  
436 Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und Impfstoffen  
437 vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzschließungen  
438 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische  
439 Notsituationen abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für  
440 die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den  
441 Austausch mit und zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken sowie  
442 Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

443 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die  
444 Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler  
445 Ebene zusammenarbeiten. Die EU hat hier eine wichtige Rolle, um nationale  
446 Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie kann auch global einen wichtigen  
447 Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns dafür ein, die  
448 Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen  
449 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu  
450 bezahlbaren Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn  
451 Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in  
452 unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir  
453 setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer bezüglich der  
454 Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum zur  
455 Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen  
456 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht  
457 verhindern.

#### 458 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

459 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten  
460 Zeichen der Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen  
461 unter den Folgen von Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw.  
462 dem chronischen Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid  
463 finden nicht die notwendige Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder  
464 treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene  
465 Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie zu  
466 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,  
467 beispielsweise durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

468 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer  
469 sogenannten Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen  
470 übertragen wurde. Damit unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die  
471 menschliche Gesundheit nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern in engem  
472 Zusammenhang mit der Umwelt und der Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-  
473 Health-Ansatz ein Leitbild für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für  
474 die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in der  
475 Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und  
476 weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

#### 477 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

478 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,  
479 konfliktreich und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos  
480 vorbeigegangen sind. Diese Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische  
481 Belastung. Gerade auch bei vielen jungen Menschen haben sich psychische Probleme  
482 verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen wird der seelischen Gesundheit im  
483 öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil.  
484 Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern. Wir setzen uns  
485 sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die  
486 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
487 besser zu behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa  
488 ein und wollen zusammen mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien  
489 entwickeln. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig sind,  
490 müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein,  
491 dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen  
492 relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres  
493 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser  
494 Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen  
495 uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung ein.

496 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die  
497 Betroffenen häufig ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen  
498 sind davon betroffen. Die Pandemie hat die Situation für viele Menschen  
499 diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit unserer Politik für mehr

500 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration ein.

### 501 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

502 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:  
503 alternde Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und  
504 Epidemien. Die Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei  
505 Arzneimitteln und ihren Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten  
506 abhängig ist – und damit häufig auch eine Produktion unter schlechten  
507 Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt.

508 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat  
509 die EU- Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir  
510 begrüßen die Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren  
511 und nachhaltiger zu machen sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten,  
512 Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese früher zu melden.

513 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln  
514 und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren.  
515 Dabei setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die  
516 jederzeit unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine  
517 Produktion in Europa zuverlässig verfügbar sein. Zum anderen wollen wir hier  
518 Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es bislang keine oder nur  
519 unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die Anreize für  
520 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen  
521 zugleich aber nicht die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden  
522 und den Markteintritt von Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir  
523 uns für geschlechterspezifische Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede  
524 bei Diagnose und Behandlung zwischen Frauen und Männern besser berücksichtigt  
525 werden.

526 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.  
527 Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt  
528 teilweise zu immensen Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die  
529 Arzneimittelentwicklung eingesetzt werden, sollte das mit Transparenz über die  
530 Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die Preisgestaltung einhergehen.

### 531 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

532 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die  
533 gesundheitliche Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten  
534 können besser diagnostiziert, Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen  
535 vermieden und die Behandlung von Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen  
536 und Krankenhäusern grenzüberschreitend in ganz Europa vereinfacht werden. Der  
537

538 europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit den Zugang zu digitalen  
Patient\*innen-Akten ermöglichen.

539 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient\*innen  
540 stärken. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der  
541 Patient\*innen, eine Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie  
542 sollen Zugang zu den Daten bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die  
543 Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend berücksichtigt werden. Wir  
544 möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für die  
545 Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von  
546 Notsituationen in der Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen  
547 wichtigen Paradigmenwechsel in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir  
548 gestalten wollen. Der Zugang zu größeren Datenmengen und deren Analyse fördert  
549 Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der Patient\*innen verbessern.  
550 Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung des Datenschutzes  
551 erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den  
552 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt. Grundlegend für den Erfolg der  
553 Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine einheitliche technische Sprache, um  
554 eine Zusammenführung von Daten und eine grenzüberschreitende Nutzung in Europa  
555 zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende Nutzung von  
556 international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen  
557 durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

#### 558 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

559 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet  
560 sein. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu  
561 garantieren. Durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir  
562 die Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime verhindern. Denn diese  
563 sind eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen der Menschheit.  
564 Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie Älteren, Kindern oder  
565 Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden Todesfällen  
566 weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt werden, wo  
567 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick  
568 nehmen. Wir wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin  
569 stärken und die Forschung fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor  
570 einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung mit Antibiotika geboten ist,  
571 in ausreichender Menge verfügbar sein.

572 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin  
573 vorbehalten bleiben und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden  
574 dürfen, an den entsprechenden Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir  
575 den Import von tierischen Produkten beenden, bei denen in der EU verbotene  
576 Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für bessere Hygiene und  
577 Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in die  
578

579 Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer  
alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

#### 580 **Der Pflege den Rücken stärken**

581 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind  
582 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu  
583 fördern. Der Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU  
584 und auch hier in Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des  
585 Pflegeberufs steigern, die berufliche Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem  
586 Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessern.  
587 Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für Studienabschlüsse sowie für  
588 Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU und aus dem  
589 Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige  
590 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen  
591 Branchen ein. Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie  
592 in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres  
593 Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens- und  
594 Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und  
595 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

596 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,  
597 fordern wir eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und  
598 Gesundheitsschutz bei der Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte  
599 Pflegekräfte in privaten Haushalten einbezogen werden und gute  
600 Arbeitsbedingungen haben.

#### 601 **Cannabis europaweit legalisieren**

602 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und  
603 zeitgemäßen Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa  
604 für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den  
605 Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel  
606 effektiv bekämpft. Mit einem ersten großen Schritt bei der Legalisierung von  
607 Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition endlich Schluss mit der  
608 gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf Vernunft statt  
609 Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die  
610 Konsument\*innen in ihrer freien bewussten Entscheidung.

611 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken  
612 wir die Verbraucher\*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken  
613 wir Prävention und Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht  
614 setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir  
615 streben eine europaweite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.  
616 Deshalb werden wir uns in Europa dafür einsetzen, dass das europäische und



617 internationale Recht in Bezug auf die Produktion, den Vertrieb und Verkauf von  
618 Cannabisprodukten entschärft wird.

## 619 **4. Bildung und Chancen**

### 620 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

621 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie  
622 vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für  
623 den ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von  
624 europäischen Hochschulen oder Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen,  
625 dass nach einer Pilotphase 2018 jetzt bereits zwei Ausschreibungsrunden  
626 stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere Ausschreibungsrunden sowie eine  
627 engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke ein.

628 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European  
629 Degree). Ein European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen,  
630 das binationale, trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als  
631 zusätzliches Qualitätssiegel aufwertet und damit Anreize für die  
632 Internationalisierung von Studiengängen schafft.

633 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche  
634 in Museen, Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen  
635 neue Horizonte. Viele dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an.  
636 Aber gerade für Studierende aus anderen Ländern ist es oft schwierig, diese  
637 Vergünstigungen mit ihren heimischen Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU  
638 hat mit der European Student Card (ESC) und dem digitalen Studierendenausweis in  
639 der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen europäischen  
640 Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
641 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten  
642 und Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen  
643 können.

### 644 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

645 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,  
646 eröffnet viele neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft  
647 schwierig: Zwar haben wir mit Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein  
648 vergleichbares Abschlusssystem in der EU geschaffen. Aber es ist kein  
649 Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in einem anderen  
650 Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent\*innen  
651 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur  
652 durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft,  
653 teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass

654 Universitätsabschlüsse einfacher und schneller in jedem Land der EU anerkannt  
655 werden.

656 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft  
657 kompliziert, langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das  
658 besonders kontraproduktiv. Für eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den  
659 Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem Heimatland beantragen. Mit diesem  
660 elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die Qualifikation in einem  
661 reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu können. Wir  
662 wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.

## 663 **Politische Bildung gegen Desinformation**

664 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und  
665 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre  
666 Mittel: Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr  
667 grenzüberschreitend und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere  
668 europäischen Werte zu unterminieren. Ihre Verschwörungsmymen säen Hass und  
669 Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch koordiniert entgegenwirken.  
670 Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische Bildung gründen, einen  
671 Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische Dimension von  
672 Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge  
673 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur  
674 Verfügung stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

675 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse  
676 zielgruppengerecht erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale  
677 Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von Desinformation und Fake News stärken.  
678 Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch eine Vernetzung der  
679 europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren  
680 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir  
681 unsere demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

## 682 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

683 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der  
684 EU. Über Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der  
685 akademische und berufliche Austausch ermöglicht.

686 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr  
687 Menschen diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld  
688 für Urlaub oder Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer  
689 Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit  
690 keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine Hemmschwelle. Deshalb  
691

692 wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus- Teilnehmer\*innen einführen, das es  
ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos nach Hause und zurück zu fahren.

693 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-  
694 Erfahrung entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen  
695 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit  
696 Großbritannien Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach dem Brexit  
697 wieder vom Austausch profitieren können.

698 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das  
699 Programm noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet  
700 viele Möglichkeiten, neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen  
701 zu sammeln. Mit besseren Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen  
702 und Anerkennungen wollen wir Erasmus+ für Auszubildende stärken.

703 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die  
704 Jugendarbeit. Mit Blick auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab  
705 2028 werden wir uns dafür einsetzen, die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 706 **5. Europas Jugend**

### 707 **Jugend beteiligen**

708 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis  
709 füreinander. Um dies zu ermöglichen, spielt europäische und internationale  
710 Jugendarbeit eine außerordentliche Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen,  
711 über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit Freundschaften zu schließen.  
712 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die Gestaltung von Freizeit  
713 und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft  
714 muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen  
715 wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.  
716 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung  
717 über Erasmus+ aus.

718 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst  
719 zu Wort kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben.  
720 Sie sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist  
721 es gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der  
722 Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in allen  
723 Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit wird.

724 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa  
725 strukturell weiter stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union  
726 einen direkten Kanal für die Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf

727 europäischer Ebene geschaffen, dieser soll weiter gestärkt und bei anderen  
728 Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen  
729 zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen und junge  
730 Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im Europäischen  
731 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem  
732 die Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden  
733 sollen. In der EU- Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische  
734 Jugendpolitik gezogen. Wir wollen sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der  
735 EU-Jugendstrategie die Interessen junger Menschen in allen Politikbereichen  
736 stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-  
737 Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

### 738 **Freiwilligendienste ausbauen**

739 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der  
740 Zivilgesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement  
741 von jungen Europäer\*innen ist elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe  
742 oder, Projekte der Demokratieförderung, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

743 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst  
744 schaffen, gerade auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen.  
745 Für sie müssen wir bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas  
746 ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von  
747 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen,  
748 die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der  
749 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

750 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die  
751 Erfahrungen, das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa  
752 fruchtbar machen: Viele von ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter  
753 noch einsetzen wollen. Mit einem europäischen Programm wollen wir den Rahmen  
754 bereitstellen, mit dem Senior\*innen überall in der EU an Projekten in  
755 Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

### 756 **Europa entdecken**

757 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal  
758 im Jahr werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen  
759 sie dann in einem bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa  
760 reisen können. Gemeinsam mit anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen  
761 Ländern können sie entdecken, wie vielfältig Europa ist. Daher unterstützen wir  
762 das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch ausbauen. Unser Ziel ist  
763 es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu schaffen. Wir  
764 wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus  
765 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,

766 dass Gruppen aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 767 **6. Verbraucherschutz**

### 768 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

769 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken  
770 Bürger\*innen. Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen  
771 im europäischen Binnenmarkt gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der  
772 Verbraucherschutz sichert Konsum, Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und  
773 macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin: Gebührenfreies Roaming, ein  
774 nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder sichere und  
775 langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

776 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile  
777 Endgeräte, den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche  
778 europäische Standard stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert  
779 Elektroabfall und erleichtert merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir  
780 wollen dabei das ganze Spektrum digitaler Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader  
781 oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose Ladetechnologien mit einschließen.

782 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
783 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen  
784 bessere Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien  
785 ein, sodass relevante Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah  
786 umfasst werden.

787 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
788 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und  
789 Reparaturanleitungen. Ein kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen  
790 noch lange keine Neuanschaffung bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb  
791 gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit dem Recht auf Reparatur erheblich.  
792 So werden langlebige und reparierbare Produkte die Geldbeutel der Bürger\*innen  
793 entlasten.

794 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur  
795 Selbstverständlichkeit. Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug  
796 und einfachen Gebrauchsgegenständen geht Sicherheit vor. Schadstoffe,  
797 Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb- oder Schwermetalle  
798 kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit und  
799 Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen  
800 ein Register für Nanopartikel.

801 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der

802 Verbraucher\*innen gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent  
803 aufeinander abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der  
804 Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von  
805 Verbraucher\*innen durch die einfache Integration von Wärmepumpen oder Wallboxen  
806 für Elektroautos in den Strommarkt.

### 807 **Fahrgastrechte garantieren**

808 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher  
809 nutzbar sein. Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten  
810 geschützt werden – ganz egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb  
811 wollen wir ein europaweites einheitliches Ticketsystem einführen, das Reisen mit  
812 dem Zug attraktiver macht und den Planungsaufwand erheblich senkt. Wir setzen  
813 uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für  
814 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75  
815 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament  
816 fordert.

817 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel  
818 ankommen. Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im  
819 Verbraucherschutz bei Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir  
820 stärken den Anspruch der Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen  
821 oder Verschiebungen von Flugreisen. Ansprüche der Reisenden sollen bei einer  
822 großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung aufgenommen werden. Bei  
823 einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der Reisenden auf  
824 vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den Anspruch der  
825 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

826 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die  
827 Regelungen zur Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir  
828 setzen uns für eine einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine  
829 transparente Preisgestaltung für alle Gepäckvarianten ein.

830 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass  
831 alle Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

### 832 **Vor Kostenfallen schützen**

833 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine  
834 erhebliche Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die  
835 Kündigung sein. Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online  
836 abgeschlossene Verträge zu kündigen, oder haben keine Sicherheit über den  
837 Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die Bindung an ungewollte oder  
838 nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle. Bei langfristigen  
839

840 Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht  
841 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir  
842 sorgen so für ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem  
843 Vorbild. Damit wird die europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und  
844 sicherer gemacht. Die Beweislast für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei  
845 den Unternehmen liegen. Ist diese nicht rechtssicher ausgestaltet, geht das  
846 nicht zulasten der Verbraucher\*innen: Verträge sollen dann jederzeit, ohne  
847 Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen uns für  
848 die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund\*innen  
so die Kontrolle über ihre Verträge zurück.